

Jahresbericht 2008

„Braunschweig – lebenswert auch im Alter“

Mit seinem Beschluss vom 18. Juli 2006 nahm der Rat der Stadt Braunschweig die Ergebnisse der Arbeitsgruppen der Altenhilfeplanung, die auf der Grundlage des Leitbildes entwickelt wurden, und die entsprechenden Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragte die Verwaltung mit der schrittweisen Umsetzung des daraus abgeleiteten Handlungskonzepts.

Bestandteil des Beschlusses ist die Verpflichtung, jährlich über den Stand der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu informieren. Die Verwaltung legt dementsprechend den zweiten Jahresbericht für den Zeitraum Januar bis Dezember 2008 vor.

Alle Beteiligten der Altenhilfeplanung wurden am 7. März 08 zu einer Veranstaltung eingeladen, um den Stand und die Perspektiven der Altenhilfeplanung vorzustellen, zu diskutieren und weitere Schritte abzustimmen. Die Verwaltung wurde um Erarbeitung eines Vorschlages gebeten, wie die Umsetzung im Stadtbezirk unter Nutzung vorhandener Strukturen erfolgen kann.

Folgender Vorschlag wurde erarbeitet und dem Sozialausschuss vorgestellt:

Aus den definierten Zielen und Maßnahmen zur Altenhilfeplanung sind die für die Bezirke wichtigen Maßnahmen herauszufiltern und die Prioritäten festzulegen. Das Ergebnis soll die Festbeschreibung stadtteilorientierter Handlungskonzepte sein. Die Umsetzung kann nur mit dem Einsatz und der Nutzung örtlicher Ressourcen erfolgen, daher sind Experten vor Ort einzubinden werden. Die Weitergabe der Ergebnisse an Politik, Verwaltung, Wohnbaugesellschaften, usw. wäre die Aufgabe der Fachverwaltung, sie muss die entsprechenden Wege ebnen. Die Verwaltung nimmt Schnittstellenfunktion wahr, um das auf den Bezirk bezogene Handlungskonzept umzusetzen, bzw. voranzubringen. 2 - 3 Bezirke sollen als Pilotprojekt dienen. Zeigt das Modell Erfolg kann es nacheinander auf weitere interessierte Stadtbezirke ausgeweitet werden.

Die Vorgehensweise fand Zustimmung und konnte der der Bezirksbürgermeisterkonferenz im November 2008 vorgetragen werden, die ebenfalls mit der Vorgehensweise einverstanden ist. Verwaltungsintern wurden dann die Schritte vorbereitet, um 2009 mit den Pilotprojekten beginnen zu können.

Die Wohnraumberatung wird weiterhin als Projekt gefördert, um Menschen den Verbleib in der eigenen Häuslichkeit leichter zu ermöglichen. Das Konzept einer Musterwohnung ist erarbeitet worden (Träger und Sozialverwaltung). Der Träger ist jetzt für die Umsetzung verantwortlich.

Eine Auswertung zum Bedarf von Anlauf und Begegnungsstätten ist vorgenommen und war dem Sozialausschuss vorgelegt worden. Die erste Fassung einer Konzeption zur Schaffung von Anlauf- und Beratungsstellen befindet sich weiterhin im der verwaltungsinternen Abstimmungsprozess zur Klärung des Prioritätsverständnisses der Standorte und der potenziellen Kosten.

Die Konzeption für eine integrative Begegnungsstätte im Stadtteil Bebelhof, die die Stadt (Seniorenbüro) in Kooperation mit der Lebenshilfe Braunschweig führen wird, wurde erarbeitet, auf unterschiedlichen Ebenen abgestimmt und dem Sozialausschuss vorgelegt. Es handelt sich hier um eine Tagesstätte/Begegnungsstätte für ältere Menschen mit Behinderungen sowie für ältere Menschen aus dem Stadtteil, die auch vorhandene Ressourcen (Zuständige Nachbarschaftshilfe) einbeziehen wird. Vorbereitende Gespräche mit Multiplikatoren sind erfolgt, potenzielle Anbieter/Anbieterinnen und Nutzer/Nutzerinnen sind angesprochen worden. Der Umbau der Räume im Quartier durch die Nibelungen Wohnbau GmbH ist Anfang 2009 abgeschlossen worden.

Die Braunschweiger Pflegekonferenz hat eine neue Struktur erhalten.

Das Gremium Vollversammlung wurde zur Pflegekonferenz. Daneben wurde eine Steuerungsgruppe eingerichtet, die koordinierende, unterstützende und begleitende Funktion für die Pflegekonferenz und die Arbeitsgruppen hat. Die Geschäftsführung obliegt weiter dem Seniorenbüro. Die Pflegekonferenz wird erarbeitete Ziele und Maßnahmen der AG Pflege der Altenhilfeplanung in ihre weitere Arbeit einbeziehen.

Zwei Themen sollen vorrangig bearbeitet werden: Überleitungsbogen – Überleitungssystem und Angebote der Versorgung für Gerontopsychiatrie – Spezielle Kurzzeitpflegeplätze, Tagespflege, etc. Die erste Arbeitsgruppe hat sich konstituiert.

Einem besonderen Aspekt der pflegerischen Versorgung war in gemeinsamer Aktion mit dem Gleichstellungsreferat, dem Verein ambet und der Sozialveraltung mit einer Veranstaltung Rechnung getragen worden. Traumatisierungen durch Gewalt haben viele ältere Frauen und Männer in ihrem Leben erfahren müssen. Den Auswirkungen posttraumatischer Belastungsstörung müssen Pflegekräfte professionell begegnen. Auf die problematische Situation wurde intensiv in der Veranstaltung „Was bleibt, ist die Erinnerung“ eingegangen und erste Anregungen zu neuem Umgang in der Pflegesituation gegeben. Daraus resultierte die Aufforderung, das Thema weiter voranzutreiben, da Handlungsbedarf gesehen wurde.

Zu den Altenpflegeschulen wurde schriftlich Kontakt aufgenommen, um das Thema weiter zu transportieren. Nur von einer Schule wurde Rückmeldung gegeben, dass Handlungsbedarf – jedoch nicht vordringlich - gesehen wird.

Da besonders im Bereich der Kliniken/Krankenhäuser nach Erfahrung der Referentin die posttraumatische Belastungsstörung ein Thema ist und Re-Traumatisierungen erfolgen, wie auch in ihren Buchveröffentlichungen nachzulesen ist, wurde die Fortbildung für diesen Bereich konzipiert und angeboten. Es erfolgte keine Resonanz, Krankenhäuser sehen in Braunschweig nicht den geringsten Handlungsbedarf.

Die Fortbildung wurde daher noch einmal umkonzipiert und für den ambulanten und stationären Altenpflegebereich angeboten, um Nachfragen zu befriedigen. Die Maßnahme kann damit als abgeschlossen betrachtet werden.

Die Veranstaltung Woche der Senioren wurde mit dem Schwerpunkt Prävention – Wer rastet, der rostet - konzipiert und umgesetzt unter Beteiligung diverser Kooperationspartner (unterschiedliche Träger und Anbieter von Präventionsmaßnahmen) aus den Bereichen Bewegung, Sport, Prävention. Der Einbezug von Angeboten für Migrantinnen und Migranten ist hierbei erfolgt. Der Zulauf zu den Veranstaltungen gemessen an der Teilnehmerzahl ist verbesserungsbedürftig, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selber äußerten sich sehr angetan von den vielfältigen Möglichkeiten. Eine Nachhaltigkeit des Angebotes konnte besonders in den Seniorengruppen des nördlichen Stadtgebietes verzeichnet werden, die die Anregungen aufnahmen und in ihrer Arbeit weiter fortführten.

Migrationsspezifische Ziele und Maßnahmen wurden weiterverfolgt, die Idee eines Bauernhofes für Migranten wurde konzeptionell untermauert, erste Sondierungsgespräche bezüglich eines Standortes wurden vorgenommen. 2009 soll das Thema möglichst zur Entscheidungsreife durch die politischen Gremien weiter verfolgt werden.

Bei allen Überlegungen und Planungen sind die geschlechtsspezifischen Bedürfnisse einbezogen worden.

Fazit:

Auch der zweite Bericht über die Umsetzung der Ergebnisse der Altenhilfeplanung erstreckt sich hauptsächlich auf das kommunale Handeln. Es wird angenommen, dass sich dies mit dem Herunterbrechen der Ziele und Maßnahmen auf die Stadtbezirke ändern wird.

Die Weiterentwicklung von Altenhilfestrukturen baut weiterhin auf das partnerschaftliche Zusammenspiel von Angebotsträgern. Die Umsetzung der Altenhilfeplanung ist ein Prozess, der von allen Beteiligten nach Möglichkeit mitgestaltet und mitgetragen werden muss. Der Fokus richtet sich 2009 daher zunächst als Modell auf die Stadtbezirke, um dort Partner für weitere Planungen und Maßnahmen zu finden.

Für die Zukunft wird die Herausforderung auch darin bestehen, den Anforderungen gesetzlicher Vorgaben Rechnung zu tragen und dabei Synergien zu schaffen.